

Gesundheituntersuchung — Absprache hinter verschlossenen Türen

Mainichi-Zeitung am 3.Oktober 2012

In Bezug auf das Überprüfungskomitee für die Einwohnergesundheitsuntersuchung der Präfektur Fukushima, die die Präfektur nach dem Reaktorunfall von Fukushima 1 von Tepco beschloß durchzuführen, kam jetzt heraus, dass im Auftrag der Präfektur immer im voraus eine „Vorbereitungssitzung“ stattgefunden hat. Bei dieser Vorbereitungssitzung seien die Meinungen der Komiteemitglieder zu den Untersuchungsergebnissen verglichen, und sei daraus beispielsweise die gemeinsame Erkenntnis gebildet worden, dass der gefundene Krebsfall mit dem Reaktorunfall nichts zu tun habe. Darüberhinaus sei hier noch das Szenario für das darauffolgende Überprüfungskomitee geschrieben worden.

Die Präfektur Fukushima erklärte, diese Vorbereitungssitzung sei gewesen, um Konfusion beim Komitee zu vermeiden, und den Einwohnern seine Sorgen zu nehmen. Auf die Frage des Reposters der Mainichi-Zeitung räumte die Präfektur dennoch die Unangemessenheit solcher Sitzung ein, und erklärte, dass solche Sitzungen nicht mehr stattfinden werde.

Dieses Überprüfungskomitee wurde im letzten Mai einberufen. Der Vorsitzender dieses Komitees ist Shunichi Yamashita, der Vizedekan der Medizinischen Hochschule der Präfektur Fukushima, und unter 19 Mitgliedern dieses Komitees sind Strahlenmediziner der Universität Hiroshima, Professoren der Medizinischen Hochschule Fukushima sowie zuständige Beamten als Beobachter. Ihre Aufgabe besteht in fachlichen Beratungen über die Gesundheitsuntersuchungen, die die Medizinische Hochschule Fukushima im Auftrag der Präfektur Fukushima durchführt. Das Komitee hat bis jetzt 8 mal getagt, und war bis auf die erste Sitzung öffentlich zugänglich. Dessen Protokolle sind auch veröffentlicht.

Einem Beteiligten zufolge sei dennoch von der Gesundheitsabteilung der Präfektur, die als Verwaltung dieses Komitees fungiert, bisher immer eine Woche vor der Sitzung oder direkt davor eine geschlossene Vorbereitungssitzung einberufen worden. Die Komiteemitglieder hätten an einem anderen Ort als beim Komitee getagt. Die Unterlagen seien nach der Sitzung wieder eingesammelt worden. Die Existenz dieser Sitzung als solche sei geheimgehalten worden.

Auch am 11. September, direkt vor dem achten Überprüfungskomitee, das in einer öffentlichen Einrichtung in der Stadt Fukushima stattfand, gab es im Präfekturrathaus die Vorbereitungssitzung. Davor hatte man bei der Schilddrüsenuntersuchung für Kinder die erste Schilddrüsenkrebserkrankung bei einem Kind gefunden. Und bei der Vorbereitungssitzung wurde eine gemeinsame Erkenntnis abgesprochen, dass keine Kausalität zwischen dem Krebsaufkommen und dem Reaktorunfall festzustellen sei.

Bei dem Komitee spielte sich tatsächlich ein Show ab, dass ein Mitglied absichtlich diese Frage von Kausalität stellte, und die Medizinische Hochschule, die für diese Untersuchung zuständig war, darauf eine Antwort gab, dass die Anzahl von Kranken an Schilddrüsenkrebs nach dem Tschernobylunfall erst später als nach vier Jahren zugenommen habe, und dass es deshalb keine Kausalität zwischen den beiden Vorkommnissen gebe. Und von Mitgliedern wurden daraufhin keine Einwände erhoben. Dieses Szenario wurde bei der Vorbereitung geschrieben.

Bei der Vorbereitungssitzung zum dritten Komitee im vergangenen Juli sei außerdem von der Präfektur den Komiteemitgliedern Schweigen auferlegt worden.

Gegenüber dem Reporter der Mainichi-Zeitung räumte der Zuständige von der Gesundheitsabteilung der Präfektur die Existenz dieser Vorbereitungssitzung ein und sagte, bei diesen Vorbereitungssitzungen habe man sich nur Meinungen im Voraus anhören wollen, um die Komiteesitzung reibungslos durchzuführen. Man behaupte mit Recht, diese Sitzungen seien Geheimsitzungen gewesen. Diese Kritik werde reflektiert und (weitere Vorbereitungssitzungen) würden nicht mehr stattfinden.

Bei der Einwohnergesundheitsuntersuchung der Präfektur Fukushima werden alle Einwohner von der Präfektur auf ihren gesundheitlichen Zustand nach dem Reaktorunfall hin untersucht. Die Untersuchungen werden über 30 Jahre hinweg fortgeführt, und deren Kosten werden von einem Fonds bestritten, der durch den Staat und Tepco angelegt wurde.